

 **Bundesministerium**
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gov.at

laut Verteiler

BMASGPK - VIII/B/8 (Kollektives Arbeitsrecht)

Mag.a iur. Claudia Lukowitsch
Sachbearbeiterin

claudia.lukowitsch@sozialministerium.gov.at
+43 (1) 71100-630783
Favoritenstraße 7, 1040 Wien
Postanschrift:
Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an oben angeführte Adresse zu rich-
ten.

Geschäftszahl: 2026-0.299.294

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden, Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz übermittelt den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden und ersucht dazu bis

26. Mai 2026

Stellung zu nehmen. Es wird ersucht, die Stellungnahme per E-Mail an die Adresse viiiib8@sozialministerium.gov.at zu übersenden.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, wird angenommen, dass gegen den übermittelten Entwurf keine Bedenken bestehen.

Es wird ersucht, die schriftlichen Stellungnahmen auch dem Präsidium des Nationalrates in elektronischer Form über die Internetseite

<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>

zur Verfügung zu stellen. Befasste Bundesministerien werden gebeten, dafür die ELAK-Schnittstelle zu nutzen.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften.

Wien, 13. Mai 2026

Für die Bundesministerin:

ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Gruber-Risak

Beilage/n:

Beilagen